

# Löhner Anzeiger

Fernsprecher: Amt Löhne Nr. 60.

Stadtblatt für Löhne und Umgegend.

Fernsprecher: Amt Schönen Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel, Schönen (Katzbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönen (Katzbach).

Ausgabestelle und Auszeigennahme in der Geschäftsstelle Markt Nr. 95 in Löhne und in der Buchdruckerei von Franz Beuchel in Schönen (Katzbach).

**Die Ausgabe**  
folgt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 1,80 Pf., monatl. 60 Pf. frei Haus. Bei Bezug durch die Post 1,95 Pf., mit Abzug 2,19 Pf.

Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinendurchbruch, Betriebsstörung in unserem eigenen Betriebe oder denen unserer Lieferanten hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Anzeigende in obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschädigtem Umfang oder nicht erscheint. — Für die richtige Wiedergabe von durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird seine Gewähr übernommen.

Nr. 102.

Löhne, Dienstag, den 2. September 1919.

16. Jahrg.

## Die Befreiung unserer Kriegsgefangenen.

### Der erste Schritt der Entente.

Seinen Beschluss über die Heimsendung der Kriegsgefangenen veröffentlicht der Oberste Rat der Alliierten in folgender Note:

"Um so rasch wie möglich, die durch den Krieg verursachten Leiden zu mindern, haben die alliierten und assoziierten Mächte beschlossen, den Zeitpunkt des Inkrafttreten des Friedensvertrages mit Deutschland, soweit er den Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, vorzubatzen. Die Vorbereitungen zum Rücktransport werden sofort beginnen, und zwar durch eine interalliierte Kommission, der ein deutscher Vertreter angegliedert werden soll, sobald der Vertrag in Kraft getreten ist."

Die alliierten Mächte weisen aber ausdrücklich darauf hin, daß diese wohlwollende (!) Haltung, von der die deutschen Soldaten so große Vorzeile haben, nur dann von Dauer sein wird, wenn die deutsche Regierung und das deutsche Volk alle ihnen obliegenden Verpflichtungen erfüllen.

Wie dem Mailänder Blatte „Corriere della Sera“ aus Paris gemeldet wird, wurde der Beschluss des Obersten Rates hauptsächlich durch die Mitteilung Italiens veranlaßt, daß Italien als die erste Macht die Gefangenen heimsenden werde, ohne die Ratifikation des Friedensvertrages abzuwarten.

### Ein amtlicher deutscher Kommentar.

Von zuständiger Stelle wird zu dem Beschluss des Obersten Rates betreffend die Kriegsgefangenen erklärt: Die Nachricht, daß jetzt endlich der von uns allen so sehr ersehnte erste Schritt zur Freilassung unserer gefangenen Brüder getan werden soll, wird in ganz Deutschland freudig begrüßt werden. Es ist jedoch lediglich der erste Schritt. Die Kriegsgefangenen werden nicht sofort entlassen werden. Das geht schon aus der weniger erfreulichen — Bestimmung des Obersten Rates hervor, daß der deutsche Vertreter an den Verhandlungen der Vorbereitungskommission erst teilnehmen soll, wenn der Friedensvertrag in Kraft getreten ist. Aber die Tatsache, daß diese interalliierte Kommission, deren Einsetzung von der deutschen Delegation immer wieder auf das dringlichste gefordert wurde, jetzt endlich zusammentritt und sofort mit den Vorbereitungen des Rücktransports beginnt, gibt uns die Hoffnung, daß die Vorarbeiten so schnell gefördert werden, daß die Entlassungen unmittelbar nach Inkrafttreten des Friedensvertrages beginnen können. Unsere Delegation in Versailles wird auch weiter nach Kräften bemüht sein, die Freilassung noch mehr zu beschleunigen. Das deutsche Volk kann diese Bemühungen um die baldige Erlösung seiner Brüder am besten dadurch unterstützen, daß es in wahrer Erkenntnis seiner ureigensten Interessen an dem baldigen Wiederaufbau der deutschen Produktionsfähigkeit mitarbeitet und dadurch dem

Deutschen Reich die Möglichkeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gibt.

### Zusammensetzung der Gefangenekommission.

Zum Vertreter in der alliierten Kommission zur Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen wurde von französischer Seite Bourdin ernannt.

### Der Schutz Oberschlesiens.

Der Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westposen wird aus allen Kreisen der Bevölkerung Oberschlesiens, vor allem aber auch von polnischen Arbeitern mit den dringendsten Bitten bestürmt, das Militär ja nicht aus seinen bisherigen Standorten zurückzuziehen, da man sonst neue Beunruhigungen und neue Arbeitsbehinderung fürchtet. Der Reichskommissar erklärt hierzu, daß er keineswegs daran denke, der ruhigen und arbeitswilligen Bevölkerung Oberschlesiens den Schutz der Reichswehrtruppen gegenüber Untuhestiern und Siedlersieden zurückzuziehen. Das Militär bleibt, abgesehen von einigen aus Zweckmäßigkeitgründen vorzunehmenden Truppenverschiebungen, nach wie vor zum Schutze des oberschlesischen Volkes in Oberschlesien. Wachsam und schlagfertig wird die Reichswehr jeden neuen Versuch zur Beunruhigung des Volkes oder zu einem Angriff auf unsere Landesgrenzen im Reime ersticken. Zu irgend welcher Beunruhigung, auch in den Grenzbezirken, besteht daher kein Anlaß.

### Kleine Nachrichten.

Das preußische Staatsministerium erläßt nach dem Beispiel des Ministers des Innern folgende Verfügung: Von einer Beflaggung der öffentlichen Gebäude am Sonntagnachmittag ist Abstand zu nehmen.

Der republikanische Senator Wood hat einen Protest gegen die Entsendung amerikanischer

Truppen nach Schlesien, die dort Polizeidienst verrichten sollen, an Wilson gerichtet.

Die chilenische Regierung hat die internierten Mannschaften des deutschen Kriegsschiffes Dresden und des deutschen Seglers „Seeadler“ in Freiheit gesetzt.

### Tages-Nachrichten.

Reichspräsident Ebert, der mit dem Reichswehrminister Noske am Freitag in Karlsruhe eintraf, hatte mit dem badischen Staatspräsidenten und den übrigen Ministern und Staatsräten eine Besprechung, in der die Frage der Heimkehr der Kriegsgefangenen, die Vermögensabgabe, das Reichsnatopfer, die Kohlenversorgung und die Besetzung des Schlesischen Brückenkopfgebietes erörtert wurden. Reichswehrminister Noske kam auf die kommunistische und bolschewistische Bewegung zu sprechen. Die Hauptfrage seien Kohlen und damit Arbeitsmöglichkeit für den Winter, dann kämen wir über die von den Kommunisten etwa geplanten Unternehmungen hinweg. Um 1 Uhr fand in den Gesellschaftsräumen des Staatsministeriums ein Mittagsmahl statt. Reichspräsident Ebert dankte für die freundlichen Begrüßungsworte und beklagte besonders den Bruderkrieg im Südmir. Putschversuchen und sinnlosen Streiks werde die Reichsregierung mit äußerster Entschiedenheit entgegnetreten. Vor allem müssten wir wegen der Kohlen- und Transportfrage an die Bergarbeiter sowie an die Beamtenchaft, die Angestellten und Arbeiter appellieren.

Europäische Wirtschaftsgefahren. Im „Vorwärts“ berichtet Hu aus Versailles: Wir gehen einer Weltkatastrophe entgegen, wenn es nicht gelingt, mit größter Beschleunigung eine wenn auch nur halbwegs leidliche Kohlenversorgung Europas vor dem Eintritt des Winters herbei-

### Zu dem drohenden Bruch zwischen Amerika und Japan.

Über den Besitz der ehemaligen deutschen Insel Jap im Großen oder Stillen Ozean sind zwischen Amerika und Japan Differenzen ernster Natur entstanden, die möglicherweise zu einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen in kurzer Zeit führen können. Es lautet, daß Japan gegen die von Wilson ausgesprochene Absicht, daß die Insel Jap an Amerika kommen muß, energisch protestieren wird. Japan behauptet, daß diese Insel schon deswegen nicht an Amerika fallen kann, weil sie in einem großen Komplex liegt, der an Japan abgetreten werden soll. Amerika hat die Absicht, auf der Insel Jap eine Kabelfstation zu errichten. Wie unsere Karte veranschaulicht, liegt die Insel Jap zwischen den Mariannen- und Palau-Inseln, nordöstlich der Amerika gehörenden Philippinen. Die in Klammern angegebenen Zahlen bedeuten das Jahr, in welchem

Deutschland einstmals von den Inseln Besitz ergriß.